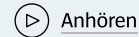


Erfinder auf der Flucht

Israels ultrarechte Regierung will Teile ihrer umstrittenen Justizreform durch das Parlament bringen. Widerstand kommt jetzt auch aus der Wirtschaft, besonders Hightech-Firmen wollen abwandern.

Von **Richard C. Schneider**, Tel Aviv
13.02.2023, 19.33 Uhr

Artikel zum Hören • 5 Min



Protest gegen die Regierung von Benjamin Netanyahu in Tel Aviv: Verstoß gegen die Gewaltenteilung Foto: Abir Sultan / EPA

Der Präsident ist in Sorge: Denn das Land stehe »am Rande eines verfassungsrechtlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs«. So sagte Isaac Herzog am Sonntagabend im Staatsfernsehen, einen Tag, bevor die ultrarechte Koalition von [Benjamin Netanyahu](#) in der [Knesset](#) ihre umstrittene Justizreform auf den Weg bringen will.

An deren Ende könnte [Israel](#) keine liberale Demokratie mehr sein: Das Oberste Gericht soll künftig Gesetze, die den verfassungsähnlichen Grundgesetzen widersprechen, nicht mehr kippen können. Die »Reform« sieht zudem vor, dass in Zukunft die Regierung allein über die Berufung von Richtern entscheidet – ein krasser Verstoß gegen die Gewaltenteilung.

Die Start-ups gehen

Seit Wochen protestieren Hunderttausende gegen diese Pläne der Regierung. Es gab Massendemonstrationen und erste Warnstreiks,

Schriftsteller, Ex-Generäle, Ärzte, Staatsanwälte, Richter und sogar Geheimdienstler haben Protestbriefe geschrieben. Aber jetzt ist die Wut auch in Teilen der Wirtschaft angekommen.



Wirtschaftswissenschaftler Eckstein: »Die Regierung wird komplett kontrolliert von Leuten, die überwiegend einen nicht-liberalen, konservativ-religiösen Background haben«
Foto: Eldad Rafaeli

Israel ist ein wohlhabendes Land, die Arbeitslosenquote liegt bei etwa vier Prozent, das Pro-Kopf-Einkommen bei umgerechnet etwa 41.000 US-Dollar, das ist unwesentlich weniger als in vergleichbar großen und reichen europäischen Ländern wie [Schweden](#), [Österreich](#) oder [Dänemark](#). Zvi Eckstein, Dekan der Wirtschaftsfakultät der Reichman-Universität in Herzlia, sagt: »Das liegt vor allem am Hightech-Sektor. Etwa 17 Prozent des BIP stammt daher, mehr als 11,5 Prozent der Bevölkerung über 25 Jahre arbeitet in Hightech-Unternehmen, Tendenz steigend«. Längst ist Israel neben [Silicon Valley](#) der weltweit wichtigste Standort in Sachen digitaler Innovation und Revolution. Etwas mehr als die Hälfte dieses Industriezweiges

stellen in Israel die Niederlassungen internationaler Techunternehmen wie [Google](#), [Intel](#), [Microsoft](#). 40 Prozent sind inländische Start-ups.

Doch gerade junge Erfinder brauchen Freiheit, ein offenes, buntes Umfeld, um ihre Ideen zu entwickeln. Und sie brauchen die Verlässlichkeit eines demokratischen Systems. Bereits im Januar kündigte Einat Guez, die Chefin der Cloud-basierten Gehaltsabrechnungsplattform »Papaya Global«, an, dass die Firma zusammen mit zwei Venture Fonds etwa eine Viertelmilliarde US-Dollar ins Ausland transferieren werde. Ähnliches verkündeten die beiden Anleger Tal Barnoach und Yoram Fainmesser. Sie wollen ab sofort rund 250 Millionen Dollar ins Ausland bringen und Investments nur noch über ausländische Banken abwickeln. Die Cybersecurity Firma »Wiz« bringt ihr Vermögen außer Landes und will nur noch so viel Geld in Israel belassen, wie es zur Zahlung der Gehälter der Mitarbeiter vonnöten ist. Fünf andere Firmen, die zusammen rund sieben Milliarden US-Dollar wert sind, folgen.

Tom Livne, Chef eines »Unicorns«, also eines Start-ups, das mindestens eine Milliarde US-Dollar wert ist, kündigte an, das gesamte Vermögen und die Firma vollständig ins Ausland zu verlagern. Er sei nicht mehr bereit, in einem undemokratischen Staat Steuern zu zahlen.

Politisierte Gerichte

»Die Regierung wird komplett kontrolliert von Leuten, die überwiegend einen nicht-liberalen, konservativ-religiösen Background haben. Sie wollen staatliche

Mehr zum Thema

5+ **Israels Ex-Premier Olmert über Benjamin Netanyahu: »Niemand mag Bibi, nicht einmal seine Anhänger«** Ein Interview von Maximilian Popp, Tel Aviv



5+ **Staatskrise in Israel: »Wenn man verstehen will, wie radikale Siedler ticken, sollte man sich den Ku-Klux-Klan anschauen«** Ein Interview von Julia Amalia Heyer



Fördergelder offenbar in erster Linie ihrer Klientel zuweisen«, sagt Wirtschaftswissenschaftler Eckstein. Gemeint sind Siedler und Ultraorthodoxe, von denen ein sehr großer Teil keiner Arbeit nachgeht, sondern in Religionsschulen die Heiligen Schriften studiert.

 **Netanyahu gefährlicher Pakt: Wie Ultrarechte gerade Israels Demokratie untergraben** Ein Podcast von Julia Amalia Heyer und Sandra Sperber



Die berufstätige Bevölkerung des Landes, vor allem die Unternehmer, finanzieren mit ihren Steuern rund ein Drittel der nicht arbeitenden, häufig antidemokratisch eingestellten Bevölkerung. Für besondere innergesellschaftliche Spannungen sorgt zudem noch, dass die Ultraorthodoxen keinen Armeedienst leisten müssen, während etliche Hightech-Unternehmer dagegen in der kämpfenden Truppe oder der berühmten Techeinheit »8200« gedient haben. Jedes Jahr werden sie auch noch zu Reserveübungen herangezogen.

Experten warnen, dass der autoritäre Staatsumbau der Regierung vor allem dann für Unternehmer zum Problem wird, wenn juristische Streitereien anstehen – etwa beim Zank um Besitzrechte, intellektuelles Eigentum oder im Falle von Korruption. Dann stehen sie Gerichten gegenüber, die von der ultrarechten Regierung eingesetzt sind.

»Die kriminellen und korrupten Elemente in der Regierung könnten das Justizsystem zu ihrem Vorteil nutzen«, sagt Eran Yashiv, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tel Aviv. Langfristig werde der Verlust von Demokratie und Pluralismus gerade die Talentiertesten außer Landes treiben: »Nehmen wir an, ein Hightech-Unternehmer findet eines Morgens heraus, dass die linksliberale Tageszeitung Haaretz nicht mehr existiert oder Streiks verboten sind. Dann wird er schnell einen Weg aus dem Land für seine Familie, sein Unternehmen und sein Geld suchen.« Denn die Ultraorthodoxen und die Nationalreligiösen in der Regierung streben einen klerikal-religiösen Staat an, sagt Yashiv: einen »jüdischen **Iran**«. **5**



Forscher Yashiv: »Die kriminellen und korrupten Elemente in der Regierung könnten das Justizsystem zu ihrem Vorteil nutzen« Foto: Picasa